

## „Vielfalt bewegt Frankfurt!“

„Das Erfolgsgeheimnis von Frankfurt“, so hat Frau Oberbürgermeisterin Petra Roth formuliert, heißt „Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz - in jeder Hinsicht.“ Städte bieten seit je Freiräume individueller Lebensgestaltung. Frankfurt verbindet unterschiedliche Kulturen, Subkulturen und Milieus, alle Generationen und Menschen mit unterschiedlichen Meinungen und Vorlieben, Lebenserfahrungen und Lebensformen. Lebensgeschichten und Erwerbsbiographien sind internationaler geworden. Nach Frankfurt sind Frauen, Männer und Kinder aus 170 Nationen gekommen. Unsere Stadt ist in ständiger Entwicklung, und das heißt auch: Manches ist komplexer geworden. Vielfalt bewegt Frankfurt, verändert unsere Stadt, beschäftigt Menschen und kann unser Gemeinwesen voranbringen, wenn wir mit ihr produktiv umgehen.

„Zu Hause zu sein statt integriert“ – so beschrieb neulich ein Bürger mir gegenüber sein Anliegen an Integrationspolitik. Der Satz bleibt im Gedächtnis, er ist pointiert und vielleicht auch ungewollt provokativ – mein Besucher war, wie ich selbst, kein deutscher Muttersprachler. Der Satz beschreibt beides: den Wunsch, hier daheim zu sein, und die Angst, eine eigene Lebensgeschichte zurücklassen zu müssen, und damit Erfahrungen und Gewohnheiten, die so tief verwurzelt sein können, dass sie als Teil der Identität empfunden werden. Der Satz rührt aber auch an die Angst anderer, dort, wo sie zu Hause seien, richte sich etwas ein, das eben nicht ‚integriert‘ sei. Nicht zuletzt macht die Bemerkung darauf aufmerksam, dass wir mit Begriffen wie ‚Integration‘ ein sozialtechnisches Vokabular benutzen, an das wir uns erstaunlich gewöhnt haben, das aber mit der Lebenswirklichkeit und den Lebenserfahrungen von Menschen nur mehr mittelbar zu tun hat. Wir alle neigen dazu, wenn wir dieses Vokabular benutzen, dazu, über ‚diese Menschen‘ zu reden, über ‚die Migranten‘ oder ‚die Deutschen‘, über Gruppen, die in aller Regel andere sind: Der oder diese müsse etwas tun, diese oder jener benötige Nachschulungen oder solle mehr Verständnis aufbringen, in diesem oder jenem Viertel geschehe dies oder das. Wir neigen dazu, auf andere zu zeigen. Dabei geht es um uns selbst. Um uns alle.

Um es klar zu sagen: Dieser Konzeptentwurf richtet sich an die ganze Stadt. Integrationspolitik ist weder eine Nischenpolitik noch eine Politik für eine bestimmte Zielgruppe wie ‚die Ausländer‘ oder ‚die Migranten‘. Integrationspolitik wendet sich an alle Bürgerinnen und Bürger, ob mit oder ohne ‚Migrationshintergrund‘. Integration und Migration werden oft als Synonyme gebraucht. Das passendere Begriffspaar wäre Integration und Heterogenität, von der Migration ein Teil ist. Ein Kollege aus der Schweiz bemerkte einmal: Wir machen doch keine Politik für spanische Mütter; wir machen eine Politik für Mütter und müssen dafür sorgen, dass wir die Spanierinnen ebenso erreichen wie alle anderen.

‚Ausländer‘ und ‚Migranten‘ sind jeweils eine, aber nicht die einzige Zielgruppe von Integrationspolitik. Ihnen gegenüber steht auch nicht eine große

## Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts

homogene Gesellschaft, in der sie mehr oder minder ‚angekommen‘ seien. Es gibt, leider, Menschen (mit und ohne ‚Migrationshintergrund‘), die meinen, in dieser Gesellschaft nicht angekommen oder aufgehoben zu sein. Es gibt, leider, Menschen, die sich selbst am Boden sehen, und andere, von denen die Öffentlichkeit annimmt, dass sie die ‚Bodenhaftung‘ verloren haben. Die eigene Erfahrung und Gespräche mit Fachleuten wie Sozialarbeitern bestätigen immer wieder: ‚Migranten‘ und ‚Ausländer‘ sind nicht mehr oder weniger engagiert als andere Gruppen. ‚Ausländer‘ und ‚Migranten‘ sind keineswegs immer arm oder diskriminiert. Umgekehrt gilt: Nicht jede und jeder ‚Deutsche‘ hat es einfacher, ist öffentlich engagiert, interessiert, erfolgreich. In fast jedem Politikfeld, in dem Statistiken erhoben werden, gleichen sich vermeintliche Unterschiede zwischen ‚den Migranten‘ und ‚den Deutschen‘ an, wenn exaktere Vergleichsgruppen (z. B. nach sozialer Gruppe oder nach Altersgruppe) gebildet werden. Viele Statistiken sind deshalb nur bedingt aussagekräftig. Was folgt daraus? Wir müssen genau hinsehen – und je genauer wir hinsehen, desto komplizierter wird die Realität.

Für die Beschreibung dieser Wirklichkeit fehlt uns noch das geeignete, treffende Vokabular. Begriffe wie ‚Migranten‘ oder ‚Migrationshintergrund‘ sind ebenso ungenau wie die gängige Rede von ‚Vielfalt‘ oder ‚Vernetzung‘. Dieser Entwurf eines Integrationskonzeptes für unsere Stadt versucht erstmals, solche Begriffe konkret zu machen. Jenseits der Einzeldefinitionen sollten wir uns das große Ganze bewußt machen: Das Ziel ist eine demokratische Gesellschaft, die nicht diskriminiert und sich nicht abschottet.

Für die Diskussion, die dieser Entwurf anstoßen möchte, sollten wir nicht nur Schlagworte vermeiden, sondern auch einige Erwartungshaltungen überprüfen. Es nützt wenig, Deutschkurse für ‚Migranten‘ anzubieten, anschließend aber nicht zu akzeptieren, wenn diese Menschen dann mitreden wollen, andere Meinungen vertreten und diese auch durchsetzen möchten. Es reicht nicht, mit Programmen ‚Migrantenkindern‘ zum Schulerfolg verhelfen zu wollen, vor einem Religionsunterricht anderer Konfessionen aber zurückzuschrecken. Es nützt wenig, den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft als wichtigen Schritt zur politischen Integration hervorzuheben, wenn wir dann über einen besonderen Akzent oder ein anderes Aussehen der ‚Neubürger‘ stolpern: im Sinne des Grundgesetzes gibt es keine ‚Deutschen mit Migrationshintergrund‘. Es genügt nicht, einen Tag der offenen Tür in seiner Moschee zu organisieren, Frauen im Vereinsleben jedoch zu diskriminieren. Es bleibt widersprüchlich, den Deutschen ‚Diskriminierung‘ vorzuhalten, selbst jedoch andere Nationen, Religionen oder Homosexuelle abschätzig zu betrachten. Es bringt auch wenig, engagierte Debatten zu führen, wenn man sich die falschen Fragen vorlegt. Manch eine Debatte um ‚Moscheen‘ und ‚den Islam‘ betrifft im Grunde ganz allgemein die Frage nach der Rolle von Religion im öffentlichen Raum. Denn das Grundgesetz behandelt alle Religionen gleich. Wie gesagt: Integrationspolitik ist keine Nischenpolitik. Sie berührt Grundfragen unseres Zusammenlebens.

Was heißt das für unser Konzept und die Diskussion, die dieser Entwurf anstoßen möchte? Sehen wir der Wirklichkeit ins Auge. Einwanderung kann eine Bereicherung sein, zuallererst ist sie eine Tatsache, mit der wir – ob selbst eingewandert oder nicht – umzugehen haben. Wir haben daraus Kon-

sequenzen für eine pragmatische Politik zu ziehen. Den Menschen, die zu uns gekommen sind, deren Kinder hier zur Schule gehen, die hier leben und arbeiten und die hier auch bleiben wollen, sollen Politik und Verwaltung ehrlich sagen können: Wir verstehen Eure Situation und Eure Anliegen. Wir bemühen uns, tut Ihr es auch und lasst uns gemeinsam unsere Anstrengungen verstärken. In gleicher Weise gilt dies aber auch für diejenigen, die ‚immer schon‘ da waren, und deren Lebensverhältnisse sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten aus vielen Gründen, nicht nur ‚der Zuwanderung‘ wegen, ebenfalls geändert haben. Es stimmt: Die Zusammensetzung der Bevölkerung hat sich verändert, unsere Gesellschaftsordnung wird sich jedoch nicht grundstürzend ändern. Für alle grundsätzlichen Fragen des Miteinander enthält unser Grundgesetz bereits die entscheidenden Regelungen. Es garantiert die Freiheit und Gleichberechtigung jedes und jeder Einzelnen. Es legt verbindliche Grundlagen des Zusammenlebens fest. Damit verbunden sind aber auch Ansprüche an jeden von uns. Integrationspolitik setzt hier an. Es ist einfach, Respekt und Toleranz zu fordern, viel schwieriger ist es, sie zu fördern oder selbst zu leben. Es ist einfach, Chancengleichheit zu verlangen und schwierig, sie zu verwirklichen. Integrationspolitik hat die Aufgabe, dazu beizutragen, dass wir alle den an uns gestellten Ansprüchen besser gerecht werden können.

Unsere Gesellschaft war immer schon bunt, aber es hat lange gedauert, bis dies allseits akzeptiert wurde. Seit zwanzig Jahren gibt es in Frankfurt das Amt für multikulturelle Angelegenheiten, dessen Name damals Programm war. Viel haben wir erreicht. Viel hat sich seitdem verändert. Deswegen stellen sich heute neue, andere Aufgaben. Mehr und mehr Menschen organisieren sich, schließen sich zu Interessenverbänden und Selbsthilfegruppen zusammen, um ihre Rechte wahrzunehmen: z. B. alleinerziehende Väter, Patienten, Homosexuelle und dabei natürlich auch Migranten und Ausländer, die sich in allen diesen Gruppen wiederfinden können. Diese Selbstorganisation ist gut und kann doch einen Nachteil haben: Sie kann Identitäten auch konstruieren. Die Frage, wer wen vertreten kann und möchte, stellt sich gerade im Bereich der Integrationspolitik immer wieder neu.

Dass sich unterschiedliche Gruppen zunehmend auf die Rechte berufen, die ihnen hierzulande garantiert sind, ist natürlich legitim. Sich im Miteinander oder bei bestimmten Vorhaben auf einen rein rechtlichen Standpunkt zu stellen, ist indessen immer wieder wenig hilfreich, verschärft sogar manches Mal Konflikte. In vielen Fällen haben wir kein Rechtsproblem, sondern ein Akzeptanzproblem. Hier setzt Integrationspolitik an. Toleranz bedeutet wörtlich übersetzt: etwas ertragen, aushalten können – z. B. andere Blickwinkel und andere Meinungen. In einer offenen Gesellschaft ist Freiheit immer auch die Freiheit der Andersdenkenden. Diese Spannung auszuhalten – im Sinne eines guten Zusammenlebens – ist ein Wesenszug von Demokratie. Es ist zugleich eine Bedingung für Integration. Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ist eine Form, mit Dissens konstruktiv umzugehen. Daher wirkt sie integrierend. Nur eine offene Gesellschaft ist eine wirklich integrierte Gesellschaft. Man kann diesen Satz auch umdrehen: Integration erfordert die Öffnung für Andere und sie erfordert, dass sich *jeder* daran hält. Es gibt aber nicht nur Mauern in den Köpfen, es gibt auch Strukturen, die Integration erschweren. Auch hier setzt Integrationspolitik an.

## Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts

Bevor wir auf ‚andere‘ zeigen, lohnt ein Blick in die Geschichte dieses Landes, auch wenn jede Generation das Recht hat, ihre eigene Situation als eine besondere anzusehen. Diese Gesellschaft hat über die Jahrhunderte immer neue Integrationsleistungen erbracht. Viele Familiennamen zeugen davon. Vor sechzig Jahren stand die Gesellschaft in einem zerstörten Land vor der Herausforderung, Millionen Fremde, Flüchtlinge aufzunehmen, die heute nicht mehr fremd sind, damals aber keineswegs allen willkommen waren. In den letzten Jahrzehnten sind erneut Millionen neuer Menschen ins Land gekommen, jedoch nicht als Naturereignis und auch weniger in Folge von Krieg und Vertreibung, sondern als eine Folge bewußter politischer Entscheidungen, die eine jetzt ältere Generation getroffen hat, sowie, in den letzten Jahren, auch in Folge zunehmender internationaler Verflechtung, nicht zuletzt auf dem Gebiet der Europäischen Union. Machen wir uns klar, dass diese Entwicklungen gewollt waren und zu ihrer Zeit oft von einem breiten politischen und öffentlichen Konsens getragen waren.

Natürlich: Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten verändert. Gesellschaften verändern sich. Rund um den Globus gibt es Menschen, die einer guten alten Zeit nachhängen und andere, die froh sind, dass diese ‚gute alte Zeit‘ vorbei ist. In aller Welt gibt es Menschen, die meinen, einige nähmen sich zu viel heraus, und andere, die froh sind, offen sprechen zu können. Unsere Gesellschaft wird sich weiter verändern. Konjunkturzyklen und ökologische Nachwirkungen werden dafür sorgen. Ein neuer Altersaufbau unserer Bevölkerung, den wir gerne verdrängen, wird unseren Alltag mindestens ebenso prägen wie neue Technologien, denen wir optimistisch entgegensehen. Menschen werden weiterhin kommen und gehen. Wir leben in einer Stadt, aber Frankfurt hat keine Stadtmauern mehr. Wer in der Europäischen Union lebt, kann nach Frankfurt kommen. Viele Arbeitgeber und Menschen mit Freunden in anderen Ländern werden sagen: zum Glück.

Bundesweit hat der Begriff des ‚Integrationskonzepts‘ eine gewisse Konjunktur und er hat sich auch in unserer Stadt als eine ebenso vage wie immense Erwartungshaltung etabliert. Dabei sind an dem Wort beide Teile ungenau. Es gibt selten, wie es das Wort ‚Konzept‘ suggerieren könnte, ein Maßnahmenbündel, das wir uns nur auszudenken und das wir anschließend bloß anzuwenden brauchten, damit die Welt wieder oder erstmals ‚in Ordnung‘ ist. In unserer Frankfurter Situation wäre diese Vorstellung nicht nur naiv, sondern auch ein Ausdruck mangelnder Informiertheit. Wir haben bei der Ausarbeitung dieses Entwurfs den Vergleich zu anderen Städten gezogen: kaum eine Projektidee gibt es nicht auch schon in unserer Stadt. In vielen Fällen hat man sie von uns übernommen. Statt weitere Modellprojekte aufzulegen, die nur wenigen nutzen, sollten wir den Nutzen aller erhöhen. Statt unsere Politik weiter in Einzelvorhaben aufzuteilen, sollten wir bestehende gute Initiativen fachlich besser abstimmen und organisatorisch effizienter koordinieren oder uns darum bemühen, erfolgreiche Pilotversuche auszuweiten. Uns nur darauf zu konzentrieren, wäre aber etwas technokratisch. Es geht in diesem Konzeptentwurf zugleich um etwas Grundlegendes: um unser gemeinsames Verständnis davon, wie wir unser Zusammenleben gestalten wollen. Einfache Argumentationsmuster haben häufig einfache Weltbilder zur Voraussetzung. Utopien sollten wir vermeiden. Das Ziel

allgemeiner ‚Harmonie‘ ist in einer offenen Gesellschaft kaum zu erreichen. Demokratie ist keine Harmonieveranstaltung, sondern betrifft gerade auch den rechten Umgang mit Dissens und Unterschieden. Wir sind eine lebendige, facettenreiche und genau deswegen attraktive Stadt und sollten dies in unserer Selbst- und Außendarstellung noch stärker berücksichtigen. Wenn wir unsere Selbstverpflichtungen, auf die eine Umsetzung der hier vorgelegten Vorschläge hinausläuft, als ein ‚Konzept‘ bezeichnen möchten, dann sollten wir eher von einem ‚Integrations- und Diversitätskonzept‘ sprechen. Für unsere gemeinsame Arbeit an einem solchen ‚Integrations- und Diversitätskonzept‘ ergeben sich für mich einige Folgerungen:

Integration kann und wird nichts daran ändern, dass wir in einer pluralen Gesellschaft leben und dass dies eine Grundlage unserer Demokratie ist, die unter dem Schutz unserer Rechtsordnung steht. Man kann Integrationspolitik – wie alles – ideologisch angehen oder sich gegenseitig Ideologie vorwerfen. Integrationspolitik hat demgegenüber feste Grundlagen in unserer Rechtsordnung. Integrationspolitik dient immer auch der politischen Bildung, wird jedoch noch zu wenig in diesem Zusammenhang gesehen.

In diesem Sinne sollten wir uns darauf verständigen, dass das Ziel von Integration nicht Gleichheit heißt, sondern Chancengleichheit zur gleichberechtigten Teilhabe. Integrationspolitik ist daher auch Bildungs- und Sozialpolitik – oder bezogen auf die Stadtverwaltung: Personalpolitik – aber sie erschöpft sich darin nicht. Integrationspolitik ist immer auch Antidiskriminierungspolitik. Bildungspolitik nützt ja nichts, wenn gut ausgebildete Absolventen auf dem Arbeitsmarkt wegen ihres Namens oder ihrer Herkunft benachteiligt werden oder es als Dienstleister schwer haben, Kunden zu erreichen.

Deswegen müssen uns darum bemühen, möglichst viele Menschen zu befähigen, an unserer Gesellschaft selbstbestimmt mitzuwirken. Vielleicht noch weniger als auf anderen Politikfeldern können wir in der Integrationspolitik schlüsselfertige Maßnahmen liefern. Wir sollten uns auch nicht der Illusion hingeben, Politik und Verwaltung könnten alles lösen. Integrationspolitik braucht aktive Bürgerinnen und Bürger, gerade weil sie genau dazu beitragen möchte, eine lebendige Bürgerschaft zu bilden. Sie stärkt damit zugleich die Grundlagen dessen, was wir kommunale Selbstverwaltung nennen.

Wir alle tragen gemeinsam Verantwortung für unser Zusammenleben. Dass ich hier kein fertiges Konzept vorlege, sondern einen Entwurf, ist eine Konsequenz dieser Überlegungen. Es ist zugleich eine Folge der meinem Dezernat stadtweit zugewiesenen Querschnittsfunktion. Wenn Integration eine Querschnittsaufgabe ist, dann geht sie alle an. Wenn Integration die Möglichkeit zur Partizipation bedeutet, dann möchte ich die Gelegenheit zur Mitwirkung bieten. Das Motto der letzten deutschen EU-Ratspräsidentschaft war „Europa gelingt gemeinsam“. Was für die Europäische Integration gilt, gilt für Integration allgemein: Sie gelingt nur gemeinsam.

In einer öffentlichen Partizipationsphase möchten wir in den kommenden Monaten Anregungen abwägen und aufnehmen. Ich möchte mit Ihnen ins Gespräch kommen, ob Sie bei einem freien Träger arbeiten, in einem Ge-

## Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts

schäft, in der Verwaltung oder ob Sie sich um ihre Familie kümmern, ob Sie politisch aktiv sind oder das Geschehen lieber aufmerksam beobachten. Wir können in einer solchen Diskussion mit einem breiten Meinungsspektrum rechnen. Unser Ziel sollte der größtmögliche Konsens sein, aber nicht um jeden Preis. Wie immer, wenn man einen ersten Schritt geht, wird es Leute geben, die meinen, man hätte doch gleich springen können: Integrationspolitik ist ein Politikfeld, das dazu einlädt, eine Idealgesellschaft zu malen. Wir sollten auf dem Boden bleiben. Unser Ziel sollte es sein, ausgiebig aber auch zügig zu diskutieren, Schritt für Schritt.

Jede gute Diskussion folgt einem klaren Ablauf. Unser nächstes Etappenziel sollte es sein, nach einer Partizipationsphase der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung ein bearbeitetes Integrations- und Diversitätskonzept vorlegen zu können. Können wir dann sagen: Ziel erreicht? Nein – dann geht es los: Dann gilt es, auf dieser Grundlage in Arbeitsgruppen und im Dialog von Politik und Öffentlichkeit einen Handlungsplan zu erarbeiten, Möglichkeiten und Alternativen abzuwägen, Prioritäten festzulegen, Ziele zu formulieren, diese umzusetzen und den Stand des Erreichten in einer neuen, regelmäßigen Integrationsberichterstattung zu dokumentieren. Dafür benötigen wir eine klare Organisationsstruktur, für die mein Dezernat in seiner koordinierenden Querschnittsfunktion hier einen Entwurf vorlegt.

Für unser nächstes Etappenziel sollten wir uns als vernünftige, erreichbare Ziele setzen,

1. dass wir uns auf eine gemeinsame Wahrnehmung der Realität unserer Stadt verständigen,
2. dass wir öffentlich gemeinsam die Bereitschaft zeigen, uns systematisch (und hoffentlich auf der Grundlage einer breiten Mehrheit) um die Entwicklung von Handlungsansätzen zu bemühen.
3. dass wir uns auf einen organisatorischen Rahmen verständigen, der die Entwicklung von Handlungsansätzen verbindlich macht und regelt und dabei Sachstände überprüft, bestehende Ansätze systematisiert, Prioritäten auslotet und Ziele festlegt.
4. dass wir uns überlegen, in welcher Reihenfolge wir in den nächsten Jahren vorgehen möchten, da wir kaum alles gleichzeitig angehen können.

Machen wir uns in den kommenden Monaten dabei auch klar: Es gibt viele Ansätze, aber keine Patentrezepte. Aus anderen Städten kennen wir viele Vorschläge, die immer wieder die Bedeutung von noch mehr Information und noch mehr Netzwerkarbeit betonen. Beides ist wichtig. Was dieser Entwurf jedoch erreichen möchte, ist eine neue Qualität von Information und Vernetzung. Vernetzung heißt für uns nicht ‚reden wir mal drüber‘, sondern: mehr Verbindlichkeit, bessere Zusammenarbeit. Denn es ist leicht, Anregungen zu formulieren wie die, bestehende Institutionen zu weitergehenden Kompetenzzentren auszubauen oder neue Strukturen einzurichten. Es ist schwer, solche Anregungen umzusetzen. Organisationen aufzubauen oder umzubauen erfordert einen langen Atem und geeignetes Personal, häufig auch eine Abstimmung verschiedener Fachinstitutionen miteinander. Es gibt viele Modellprojekte, aber was im Einzelfall klappt, muss nicht als Regel gelten. Nicht alle Projekte lassen sich in die Fläche bringen, von

ihrem Ansatz her oder aus Mangel an Ressourcen. Es gibt viele Untersuchungen, aber es gibt auch Vieles, was wir nicht wissen. Da, wo genauere Untersuchungen vorliegen, ist es keineswegs einfach, klare Konsequenzen für Maßnahmen zu ziehen, die jede für sich neue Anforderungen an Strukturen, Personal und Ressourcen bedeuten.

Neben unserer Kreativität und Sachkenntnis ist unsere realistische Einschätzung von Zeiträumen gefragt. Die gegenwärtig besonders ausgeprägte Betonung von Frühförderung im Bildungsbereich ist richtig; doch solche Maßnahmen werden umfassend erst in vielen Jahren wirken. Einstellungen und Vorurteile lassen sich nicht kurzfristig ändern, eingespielte Abläufe in Organisationen ebenfalls nicht. Seien wir ehrlich: Viele engagierte Experten haben neue Ideen, aber bei manchen engagierten Praktikern herrscht bereits Erschöpfung und bisweilen Ratlosigkeit, nicht, weil sie vor einer Situation kapitulieren, sondern auch deswegen, weil kommunale Steuerungsmöglichkeiten begrenzt sein können. In vielen Bereichen bleibt uns nichts anderes übrig, als uns immer wieder neu zu bemühen. Es ist auch einfach so, dass eine städtische Verwaltung nicht überall präsent sein kann (und ich halte eine Allgegenwart der öffentlichen Verwaltung auch nicht für wünschenswert). Es gibt, gerade im Bereich von Integration und gemeinsamem Zusammenleben, Privaträume und Privatangelegenheiten, Dinge, die sich durch die Initiative der Bürgerinnen und Bürger am besten direkt regeln. Die Verwaltung sollte jedoch dafür sorgen, sie dazu in die Lage zu versetzen, sie über Sachverhalte und Möglichkeiten aufzuklären und ggf. zu unterstützen. Die Verwaltung hat zudem einen Ausgleich zwischen organisierten und nicht-organisierten Interessen zu finden und stets den Grundsatz der Gleichbehandlung zu wahren.

Denn es gibt Grundlagen von Integrationspolitik. Nennen wir sie ruhig ‚Leitbilder‘.

1. *Chancengleichheit und Gleichberechtigung jedes und jeder einzelnen.* Grundwerte der Demokratie sind die Freiheit jedes und jeder einzelnen und seine/ihre Befähigung, als selbständig Handelnde am öffentlichen Leben teilzunehmen. Für unsere Arbeit heißt dies, strukturelle und persönliche, direkte und indirekte Diskriminierungen auszuschließen, Zugänge zu erleichtern und Angebote passgenau auszugestalten.
2. *Solidarität miteinander und Respekt voreinander.* Zu unserer politischen Kultur gehört ein Selbstverständnis als Solidargemeinschaft, das Rechte des einzelnen an die Gemeinschaft anerkennt, Minderheiten schützt und Hilfestellungen bietet. Unser Handeln muss darauf abzielen, mit Unterschieden produktiv umzugehen, Unterschiede im Sinne von Benachteiligung jedoch nicht hinzunehmen.
3. *Begegnung und Teilhabe einer möglichst großen Anzahl von Bürgern und Bürgerinnen.* Urbanität heißt Vielfalt, deswegen sind Städte attraktiv. Ein Gemeinwesen braucht jedoch gemeinsame Bezugspunkte, Anlässe und Mittel, die es ermöglichen, die Bevölkerung als ein Ganzes, aber auch in ihren Verschiedenheiten wahrzunehmen. Wir haben daher Wege zu finden, alle Bürgerinnen und Bürger auf geeignete Weise anzusprechen und für diese Stadt zu interessieren.

## Entwurf eines Integrations- und Diversitätskonzepts

Dabei sollten wir realistisch bleiben. Nicht alle Menschen – ob mit oder ohne ‚Migrationshintergrund‘ – werden sich an dieser Gesellschaft aktiv beteiligen, und wir sollten das als persönliche Entscheidung respektieren, sofern sie freiwillig und wissentlich erfolgt. Wir dürfen das Ziel, alle Menschen zu erreichen und zu beteiligen, nicht aufgeben. Eine Schwelle und Grenze von Integrationspolitik gibt es allerdings: Wir dürfen es nicht hinnehmen, wenn Normen verletzt werden oder gegen Grundlagen unseres Zusammenlebens gearbeitet wird, von wem auch immer.

Integrationspolitik in Frankfurt hat eine starke Grundlage: Unsere städtische Tradition. Als ehemals freie Reichsstadt hat sich Frankfurt über Jahrhunderte selbst verwaltet. Als Handelsstadt an einer zentralen Wegekreuzung hat Frankfurt eine lange internationale Geschichte. Ein ständiges Kommen und Gehen, Menschen unterschiedlichster Herkunft und Biographie haben diese Stadt geprägt. Frankfurt am Main versteht sich als weltoffene und tolerante Stadt. Dies ist in der Tat unser Erfolgsgeheimnis. In verschiedenen Deklarationen haben unsere Stadtverordneten diesen Anspruch immer wieder neu bekräftigt. Die Frankfurter Paulskirche, an der wir alle so oft vorbeikommen, ist als Versammlungsort unseres ersten Parlaments auch dafür ein besonderes Symbol. Sie ist berühmt als die Geburtsstätte unserer ersten Verfassung und ihres Grundrechtekatalogs. Die Paulskirche ist aber zugleich ein Symbol für einen langen Weg: Die Paulskirchen-Verfassung ist nie in Kraft getreten. Die Geschichte von 1848/49 steht nicht nur für den Anfang deutscher Demokratie, sondern auch für staatliche Reaktion und Unterdrückung. Die damaligen deutschen Länder existieren nicht mehr. Unsere Stadt und dieses Land sind durch eine Diktatur gegangen, die das Zusammenleben verschiedener Länder und Zivilisationen mit Füßen getreten hat. Die Paulskirche wurde zerstört und neu gebaut. Wer sich für die Werte von Freiheit und Toleranz, für gegenseitige Achtung und für Menschenrechte einsetzt, braucht nicht nur eine feste innere Überzeugung, sondern auch einen langen Atem. Ganz nüchtern gesagt: Veränderung braucht Zeit.

Wege entstehen, indem man sie geht. In diesem Sinne möchte ich mit Ihnen in den nächsten Monaten einen langen Weg beginnen. Der hier vorgelegte Entwurf bedeutet einen Anfang. Auf den nächsten Seiten werden Sie sehen, dass dieser Entwurf selbst offen ist. Viele haben daran mitgewirkt. Wissenschaftlerinnen und Gastautoren legen ihre persönliche Sicht dar, einige aus der Praxis, andere aus einer eher akademischen Perspektive. Wir haben keinen Beitrag bearbeitet, wir haben keine Ergebnisse angeglichen. Nicht alles mache ich mir ohne Weiteres zu Eigen, aber es ist wichtig, Ihnen alles vorzulegen. Auch dieser Entwurf ist nicht aus einem Guss, wie könnte er es sein bei der Vielfalt der Aufgaben und Themen? Aber er hat eine Linie – und so soll es weitergehen. Ich möchte, dass viele mitwirken, zusammenarbeiten, aber dass wir dabei am gleichen Strang ziehen. „Frankfurt für alle“, aber auch „alle für Frankfurt“ – dieses Motto habe ich gleich zu Beginn meiner Amtszeit über meine Arbeit gesetzt. Dazu beizutragen ist Aufgabe meines Dezernats. Denn nichts anderes ist ja – im Amtsdeutsch – eine Querschnittsfunktion. Im Sinne der besseren Lesbarkeit ist dieser Entwurf außerdem so angelegt, dass einzelne Kapitel auch für sich gelesen werden

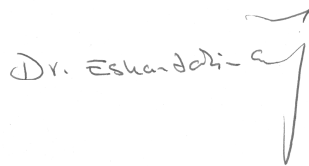


können. Dies war uns wichtiger, als einzelne Wiederholungen, die sich daraus ergeben, zu vermeiden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle allen danken, die in den letzten Monaten zu diesem Entwurf beigetragen haben. Vielen Gesprächspartnern – prominenten und unbekanntem – sind wir verpflichtet. Lassen Sie mich aber auch, in unser aller Namen, einen besonderen Dank aussprechen: meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten ist das kleinste Amt in dieser Stadt. Ich selbst bin eine ehrenamtliche Dezernentin. Gemeinsam haben wir bis an den Rand der Erschöpfung gearbeitet, aber immer mit Enthusiasmus – aus einem Grund: weil uns das, was wir hier vorhaben, wichtig ist. In den kommenden Monaten schulden wir meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Diskussion, die diese Arbeit würdigt und wir schulden Ihnen Nachsicht, sollten hier und da einzelne Fehler stehengeblieben sein. Mit mehr Ressourcen hätten wir noch mehr leisten können. Mehr Zeit wollten wir uns nicht nehmen: Es ist wichtig, dass wir anfangen.

Kleine Räder drehen manchmal große. Das wünsche ich mir auch von diesem Entwurf und unserer gemeinsamen Diskussion.

Ihre

A handwritten signature in black ink, reading "Dr. Eskandari" followed by a stylized flourish.

Dr. Nargess Eskandari-Grünberg  
Stadträtin, Dezernentin für Integration